

af
f
per W. Hart am 13.12.2018
13.2018



Kreistagsfraktion Gießen

AfD-Kreistagsfraktion Gießen • Postfach 10 01 23 • 35331 Gießen

An den Kreistagsvorsitzenden
Herrn Karl-Heinz Funck
Riversplatz 1-9

35394 Gießen

Vorlage Nr.: 0835/2018 - neu

Gießen, 13. Dezember 2018

**Änderung/Ergänzung des Antrags- Vorlage 0835/2018 - zur Sitzung des Kreistages am 17. Dezember 2018,
„Resolution: Keine Annahme von Migrations- und Flüchtlingspakt“**

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

der Antrag 0835/2018 der Fraktion der Alternative für Deutschland wird wie folgt ergänzt/verändert:

Der Kreistag möge beschließen:

Resolution:

„Der Kreistag fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, die Annahme und die Ratifizierung des „Global Compact for Migration“ sowie des „Flüchtlingspaktes“ zu unterlassen, bis eine breite gesellschaftliche Diskussion zu diesem Thema abgeschlossen wurde.“

Begründung:

Am 10. Dezember 2018 hat die Bundesregierung erklärt, dem internationalen Abkommen („Global Compact for Migration“) beizutreten, das Migranten aus aller Welt weitgehende Rechte zur Migration, auch nach Deutschland, einräumt.

Zugleich hat die Bundesregierung deutlich gemacht, dass sie auch dem „Flüchtlingspakt“ der Vereinten Nationen am 19. Dezember 2018 beitreten wolle.

Die deutsche Mitarbeit an diesen „Pakten“ erfolgte am Deutschen Bundestag vorbei und unter Ausschluss der deutschen Öffentlichkeit.

Zahlreiche, auch europäische Länder, sehen in diesen „Pakten“ u.a. eine irreparable Einschränkung ihrer nationalen Souveränität, und lehnen diese „Pakte“ ab

Die Bundesregierung weigert sich bisher, mit den Bürgern in einen ernsthaften und kritischen Dialog zu diesem Thema einzutreten.

Weit über 100.000 Bürger haben in Deutschland zwischenzeitlich eine Petition gegen die „Pakte“ unterschrieben und damit klar Position bezogen.

Auch sprachen sich in Umfragen weit über 80 % der in Deutschland Befragten gegen die geplanten Regelungen aus.

Die Umsetzung der Pakte wird wie so oft die Kommunen finanziell und organisatorisch in einer heute noch nicht überschaubaren Weise belasten. Dies trifft insbesondere zu auf die Verpflichtung, Migranten und Flüchtlingen direkten Zugang zu den Sozialsystemen zu gewähren.

Wir sehen daher auch den Kreistag des Landkreises Gießen in der Pflicht, die Bundesregierung und den Bundestag darauf hinzuweisen, dass solch weittragende Entscheidungen einer abschließenden Diskussion und Entscheidung des Souveräns bedürfen.

Bis dahin muss von der Ratifizierung der „Pakte“ abgesehen werden!

Mit freundlichen Grüßen

Karl Heinz Reitz
Vorsitzender der Fraktion